

Sand im Getriebe

Texte über die internationalen (Attac-)Bewegungen

PDF-Version: <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig> Mail: sig@attac.de

„Wenn wir soziale Gerechtigkeit mit Klimaschutz verbinden, werden die Menschen für diese Zukunft kämpfen.“ Naomi Klein, Paris, April 2015

Eine Million Arbeitsplätze für das Klima

„Eine Million Arbeitsplätze für das Klima“, so lautet der Titel eines Berichts, der 2014 unter der Ägide der Bürgerbewegung „Campaign against climate Change“ <https://www.campaigncc.org/> („Kampagne gegen den Klimawandel“) veröffentlicht wurde. Mit Blick auf einen Zeitraum von 20 Jahren sieht das Szenario für das Vereinigte Königreich Folgendes vor:

- Reduzierung der CO₂-Emissionen um 86 %,
- Schaffung von einer Million festen, gut bezahlten Arbeitsplätzen,

- und die Schaffung von zusätzlichen 500.000 Arbeitsplätzen, die durch die Aktivitäten dieses riesigen öffentlichen Dienstleisters angestoßen werden.

Die Kampagne „Eine Million Arbeitsplätze für das Klima“ wird heute von Gewerkschaften und Verbänden in sieben Ländern getragen: **Kanada, Südafrika, Norwegen, New York State, Großbritannien, Portugal und Frankreich.**

Attac Frankreich: Die Energiewende aus der Sicht der Bewegung für eine andere Welt
http://www.attac.de/uploads/media/attac_fr_Energiewende.pdf



Es gibt keine Arbeitsplätze auf einem toten Planeten - Aber Millionen Arbeitsplätze werden für einen Planeten gebraucht, auf dem man leben kann.

Im Januar 2017 veröffentlichte das **französische Bündnis** www.emplois-climat.fr einen Vorschlag zur Schaffung einer **Million Arbeitsplätze für das Klima in Frankreich.**

(...) Es geht nicht mehr darum, **ob** der ökologische Umbau in Gang gesetzt wird, sondern **wie** und mit welchem Tempo, aber die Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimaveränderungen werden immer noch allzu oft als unvereinbar mit dem Ziel der Schaffung von Arbeitsplätzen und der sozialen Gerechtigkeit betrachtet. (...)

Die vorgeschlagene Schaffung einer Million Arbeitsplätze für das Klima bis 2020 betrifft vor allem, aber nicht nur, die „klassischen“ Berufe des ökologischen Umbaus.

- 330.000 Arbeitsplätze im Bereich erneuerbare Energien
- 230.000 Arbeitsplätze im Sozialbereich, um einen ökologischen Umbau „der zwei Geschwindigkeiten“ zu vermeiden
- 350.000 Arbeitsplätze für nachhaltigen Wohnkomfort für alle
- 50.000 Arbeitsplätze für eine gesunde und solidarische Ernährung
- 26.000 Arbeitsplätze für eine Verkehrswende

Allen Beschäftigten in den (direkt oder indirekt) betroffenen Sektoren/Branchen, die aufgrund ihrer umweltschädlichen und/oder energieintensiven Natur an Bedeutung verlieren, sich verändern oder sogar ganz verschwinden, **muss eine Zukunft geboten werden**, wenn man das Projekt des ökologischen Umbaus attraktiv machen möchte. (...)

Damit diese Zukunft von den Beschäftigten als Chance erlebt und nicht als aufgezwungen erlitten wird, was zur Ablehnung führt, müssen die betroffenen Arbeitnehmer/-innen **vollwertige Akteure** sein. (...)

Die Verkürzung der Arbeitszeit ist eine der wichtigsten Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

„Der hier unterstützte ökologische Umbau erfordert einen Ausstieg sowohl aus der fossilen Energie als auch aus der Atomenergie.“



Der Umbau ist finanzierbar: Die lange Liste von Steuerschlupflöchern, die dem ökologischen Umbau abträglich sind, und die Einnahmeverluste durch Steuerhinterziehung und -flucht sind die Quellen, die zur Finanzierung des Umbaus genutzt werden müssen; zusätzlich muss das Kreditwesen wieder unter Kontrolle gebracht werden. (...)

Auf lokaler Ebene wird der ökologische Umbau mit der Entfaltung und der Vervielfachung von Tausenden von Initiativen am konkretesten. Bei der erfolgreichen Umsetzung des ökologischen Umbaus sind Bürgerinnen und Bürger, lokale Strukturen – Verbände und Gewerkschaften – und Kommunen unabdingbare Akteure. (...)

Wir möchten **genügend Kräfte zusammenführen, um multinationale Konzerne und Banken dazu zu zwingen, das Geld „herauszurücken“**, das für die Finanzierung von Arbeitsplätzen und unverzichtbaren Investitionen benötigt wird, und um eine ausreichend starke soziale Bewegung aufzubauen, die die Interessen der umweltverschmutzenden Industrien angreift. (...)

(Vollständiger Text : „Sand im Getriebe“ 127)

Gewerkschaften für den Klimaschutz

Der **Britische Gewerkschaftsbund TUC** hat auf dem Kongress 2017 in Brighton, 12. September 2017, eine Resolution zu **Klimawandel und Energieversorgung in öffentlicher Hand** einstimmig angenommen.

(...) Der Kongress begrüßt den Bericht des **Transnational Institute** „Reclaiming Public Service: how cities and citizens are turning back privatization“, der den weltweiten Trend zur **Rekommunalisierung** des öffentlichen Dienstes, einschließlich der Energieversorgung, ausführlich beschreibt, und unterstützt internationale Bemühungen der Gewerkschaften, Themen wie öffentliches Eigentum und demokratische Kontrolle als Teil der Ansätze zur Bewältigung des Klimawandels aufzugreifen.

Der Kongress stellt fest, dass der Verkehr für ein Viertel der Treibhausgasemissionen im Vereinigten Königreich verantwortlich ist, und ist der Ansicht, dass eine Verminderung des Kohlendioxidniveaus die Grundlage für die künftige **Verkehrspolitik** des Vereinigten Königreichs sein muss, zusätzlich zum Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel und zur Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene.

Der Kongress ist der Meinung, dass die wirksame Bekämpfung des Klimawandels und der **Umstieg auf eine kohlenstoffarme Wirtschaft** nicht den Märkten überlassen werden können und deshalb **der öffentliche Sektor eine führende Rolle dabei übernehmen muss**, die für den Umbau erforderlichen

Maßnahmen in die Wege zu leiten. Der Kongress stellt fest, dass Rentenversicherungen Milliarden von Pfund in Unternehmen investieren, die fossile Brennstoffe fördern.

Um dies zu beenden, ruft der Kongress den TUC dazu auf:

1. mit der Labour Party und anderen zusammenzuarbeiten, die für ein Ende des überholten Energiesystems des Vereinigten Königreichs eintreten, um es wieder in öffentliches Eigentum und unter demokratische Kontrolle zu bringen
2. für ein umfassendes Programm zur Umrüstung und Dämmung britischer Wohnhäuser und öffentlicher Gebäude einzutreten
3. für die Forderung von Rechten für Arbeitssicherheitsbeauftragte einzutreten
4. für die Entwicklung einer Strategie des fairen Übergangs für die Beschäftigten einzutreten, die von dem für die Schaffung einer ökologisch nachhaltigen Zukunft erforderlichen industriellen Wandel betroffen sind, und praktikable Vorgehensweisen zu entwickeln, die dieses Ziel zu einem wesentlichen Bestandteil einer Wirtschaftsstrategie werden lassen (...)

Vollständiger Text in „*Sand im Getriebe*“ Nr. 125



Konferenz im Juni 2017 <https://de.rosalux.eu/themen/sozial-oekologischer-umbau/tued-in-europa-grundlagen-schaffen/>

Gewerkschaften gegen Fracking: <http://unionsagainstfracking.org/>

Internationaler Gewerkschaftsbund zum Klimawandel:
<http://www.ituc-csi.org/climate-change?lang=de>

Deutschland: Gewerkschafter für Klimaschutz

"Wir setzen uns dafür ein, die Wirtschaft so umzugestalten, dass sie Klima und Umwelt schont und gleichzeitig allen Menschen weltweit ein gutes Leben ermöglicht."

<http://www.labournet.de/politik/gw/gw-in-d/gewerkschafterinnen-fuer-klimaschutz/>

Weltweit setzen sich Menschen für Klimagerechtigkeit ein

•**Großbritannien:** 1. Dezember, London – [Demonstration "Together for Climate Justice"](#),

•**Belgien:** 2. Dezember – [Demonstration "Claim the Climate"](#), Brüssel



•**Polen:** 8. Dezember – [Demonstration "Marsz dla klimatu"](#), Kattowitz

•**Frankreich:** 8. Dezember – [Demonstration "Marche mondiale pour le climat"](#), Paris

•**Kanada:** 8. Dezember – [Demonstration "Marche mondiale Climate Alarm"](#), Montréal

•**Deutschland:** <https://www.ende-gelaende.org> und 1. Dezember – [Demonstrationen "Kohle stoppen! Klimaschutz jetzt!"](#)

•**Aktionen in mehr als 100 weiteren Städten**

(Foto: 50 000 Menschen in Montreal am 10.11.2018, <https://www.ledevoir.com>)

Attac, Robin Wood, NaturFreunde Deutschlands, PowerShift, Konzeptwerk Neue Ökonomie, BürgerBegehren Klimaschutz, 350.org, Umweltinstitut und INKOTA-Netzwerk

Kohleausstieg 2025:

Technisch machbar und klimapolitisch notwendig

6 Thesen zur laufenden Debatte um den Kohleausstieg in Umwelt- & Klimabewegung

1. Der Kohleausstieg muss jetzt beginnen.

2. Der Kohleausstieg 2025 ist technisch und ökonomisch machbar: (...) Zu diesem Ergebnis kommen Öko-Institut und Prognos in einer aktuellen [Studie](#).

3. Eine Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien ist unabdinglich: Um die Pariser Klimaziele zu erreichen und gleichzeitig die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, muss sich der Zuwachs der erneuerbaren Energien mindestens am EEG 2014 orientieren.

4. Ohne den Kohleausstieg 2025 kann das völkerrechtlich verankerte Pariser Klimaabkommen nicht eingehalten werden: Eine Begrenzung der globalen Erwärmung auf deutlich unter zwei Grad und möglichst auf 1,5 Grad ist für viele Menschen, gerade im globalen Süden, lebensnotwendig. Die dafür notwendige Begrenzung der CO₂-Emissionen kann jedoch nur mit einem Kohleausstieg bis 2025 erreicht werden.

5. Strukturwandel und Kohleausstieg müssen gemeinsam diskutiert werden: Um den gefürchteten „Strukturbruch“ zu vermeiden, müssen zielgenaue Entschädigungen der Beschäftigten in der Kohleindustrie ebenso wie verlässliche Arbeitsplatzperspektiven zeitnah politisch konzipiert und garantiert werden.

6. Der Kohleausstieg muss von absoluten Reduktionen des Energieverbrauchs flankiert werden: Kohleausstieg und beschleunigte Energiewende müssen von einer Gesellschaftspolitik begleitet werden, die die Frage nach umfassender Lebensqualität für alle jenseits rein materieller Wohlstandsmodelle in den Mittelpunkt stellt. (SiG Nr. 127)

**Die bundesweite Attac-Arbeitsgruppe
Energie-Klima-Umwelt
freut sich auf Mitarbeit!**
<https://www.attac-netzwerk.de/ag-eku>

Richtig abschalten! Atom- und Kohleausstieg sind kein Widerspruch
<https://www.ausgestrahlt.de>